Stimmzettel

für die Abstimmung zum EU-Reform-Vertrag ("Lissabon-Vertrag")

	Ja	Nein	Weiß nicht
Grundrechte:			THOTT
Finden Sie es richtig, dass die EU-Grundrechte-Charta in der Regel noch nicht einmal an deutsche Sozialrechts- und Grundgesetz-Normen heranreicht?	0	0	0
Demokratie:			
Finden Sie es richtig, dass das von uns gewählte Parlament der EU keine eigenen Gesetzesinitiativen einbringen darf und im Militärbereich die Haushaltskontrolle gänzlich fehlt?	0	0	0
Rüstung:			
Finden Sie es richtig, dass die 27 EU-Staaten per Vertrag zu einer permanenten militärischen Aufrüstung verpflichtet werden, die von einer "Verteidigungsagentur" überwacht wird?	0	0	0
Militäreinsätze:			
Finden Sie es richtig, dass militärische Aktionen weltweit auch ohne UN-Mandat durchgeführt werden können und dass die EU bestimmt, wo deutsche Soldaten eingesetzt werden und nicht der Bundestag?	0	0	0
Neoliberalismus:			
Finden Sie es richtig, dass "Grundfreiheiten" für Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr und die Niederlassungsfreiheit der Unternehmen vorrangig vor anderen Rechten garantiert werden, eine Sozialbindung von Eigentum jedoch völlig fehlt?	0	0	0
Transparenz:			
Finden Sie es richtig, dass es bis jetzt noch kein offizielles, zusammenhängendes Dokument des EU-Reform-Vertrages zum Nachlesen gibt?	0	0	0
Bürgerbegehren:			
Finden Sie es richtig, dass selbst ein von 1 Mio. Menschen eingebrachtes Bürgerbegehren für die EU-Kommision nicht bindend ist?	0	0	0
Beteiligung:			
Finden Sie es richtig, dass die Bevölkerung nun gar nicht mehr zu den Reform-Verträgen gefragt wird?	0	0	0

An*	
Platz der Republik 1	

<u>11011 Berlin</u>

Der Deutsche Bundestag stimmt voraussichtlich am 25. April 2008 über die Annahme des EU-Reform-Vertrages ab.

Obwohl der Vertrag wesentliche Grundsätze unseres Zusammenlebens und der politischen Ordnung betrifft, wird die Bevölkerung nicht befragt.

Ich erwarte, dass Sie meine Stimme berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

* MdBs für den Wahlkreis Erlangen: Stefan Müller (CSU), Renate Schmidt (SPD), Jörg Rohde (FDP)



Stellungnahme attac, Regionalgruppe Erlangen

Unbestritten ist, dass

- die EU in ihrer jetzigen Form reformbedürftig ist (Eingeschränkte Handlungsfähigkeit aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips, Demokratiedefizite und Undurchschaubarkeit in div. Bereichen etc.) und
- der vorgelegte EU-Reform-Vertrag diesbezüglich eine Reihe von Verbesserungen enthält.

Aber:

Der EU-Reform-Vertrag enthält auch eine Reihe sehr "fragwürdiger" Festlegungen (siehe Rückseite).

Sie sind durchgehend aus der gescheiterten EU-Verfassung übernommen worden, die 2005 von der Bevölkerung in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde.

Was war die Reaktion der Politiker darauf?

Umarbeitung des Vertrages, um dem Willen der Bevölkerung gerecht zu werden sowie öffentliche Diskussion und Vermittlung der Ergebnisse? Fehlanzeige!

Stattdessen wurden

- alle wesentliche Elemente des "durchgefallenen" Entwurfs unverändert gelassen,
- das Ganze in ein selbst für Experten kaum verständliches Vertrags-Gewebe gepackt,
- die Bevölkerung gar nicht mehr befragt und somit ausgeschlossen.

Das ist Politik, wie sie nicht sein sollte!

"Gegenüber der großen Gemeinschaft, dem Staat oder etwaigen noch größeren Gemeinschaften wird nur der das rechte Verantwortungsgefühl haben, der in kleineren Gemeinschaften in irgendeiner Form an der Verantwortung mitträgt, andernfalls entwickelt sich bei denen, die nur regiert werden, das Gefühl, daß sie am Geschehen unbeteiligt und nicht verantwortlich sind, und bei denen, die nur regieren, das Gefühl, daß sie niemanden Verantwortung schuldig sind als der Klasse der Regierenden." (Helmuth James Graf von Moltke, 1939/40).